

N E I N zur bedingungslosen Aufnahme von Israel in die OECD

Petition an den Bundesrat

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Leuthard,
Sehr geehrte Bundesrätinnen, sehr geehrte Bundesräte,

Die OECD will im Sommer 2010 Israel als Mitglied aufnehmen. Die Unterzeichnenden dieser Petition sind der Ansicht, dass Israel gegen zentrale Prinzipien und Ziele der Konvention für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit verstösst und die geltenden Aufnahmekriterien nicht erfüllt.

(1) Die OECD bemängelt in ihrem Bericht zum Arbeitsmarkt und zur Sozialpolitik Israels von 2010¹ zwar die starke soziale Polarisierung im Innern des jüdischen Staates sowie die Tatsache, dass von den 20% israelischen Bürger und Bürgerinnen, die als arm gelten, 50% arabischer Abstammung sind.

Der Bericht verschweigt jedoch, dass Israel nach wie vor Religion und Staat nicht klar trennt, so dass Juden einen wesentlich besseren Rechtsstatus haben und in den Genuss besonderer Fördermassnahmen kommen. Diese Diskriminierung ist menschenrechtswidrig gegenüber nicht-jüdischen Personen, die das israelische Bürgerrecht haben. Der Bericht klammert auch aus, dass Israel seit mehr als 40 Jahren eine völkerrechtswidrige Besatzungsmacht ist.

(2) Die Konvention verpflichtet ihre Mitglieder, den freien Handel zu stärken und Hemmnisse abzubauen.

Die Wirtschaft in den von Israel besetzten Gebieten dagegen ist in keiner Weise frei: Israel blockiert die Grenzen und behindert die freie Zirkulation von Personen und Gütern. Die Mauer und die unzähligen Hindernisse, die Israel innerhalb des besetzten Territoriums errichtet hat, erdrosseln die palästinensische Wirtschaft. Israel kontrolliert die Wirtschaft der Palästinenser faktisch total - fiskalisch und monetär, zu Wasser, zu Luft und zu Land, begrenzt deren Importe und Exporte und stoppt diese nach Belieben.

(3) Die OECD wurzelt in der Überzeugung, dass eine umfassende Zusammenarbeit zur Förderung friedlicher und harmonischer Beziehungen zwischen den Völkern der Welt beiträgt. Sie verpflichtet ihre Mitgliedstaaten darauf, diese Ziele unter Beachtung der Vereinbarungen zu verfolgen, die sie als Teilnehmer anderer internationaler Organisationen und Einrichtungen haben.

Israel kommt solchen Zielen und internationalen Verpflichtungen jedoch in keiner Weise nach:

- Israel ignoriert seit mehr als 60 Jahren zahlreiche Resolutionen der Uno-Generalversammlung und des Sicherheitsrates: Es verwehrt den Vertriebenen und Flüchtlingen das Rückkehrrecht und zieht sich nicht hinter die international anerkannten Grenzen von 1967 zurück.
- Israel verstösst seit mehr als 40 Jahren gegen das Völkerrecht: Es eignet sich als Besatzungsmacht palästinensisches Land an, auch in Ost-Jerusalem.
- Israel hat im Gazastreifen die Genfer Konventionen verletzt: Diese verlangen, dass die Zivilbevölkerung im Krieg geschützt wird. Was die Bevölkerung von Gaza an Zerstörung zu erleiden hatte und aufgrund der israelischen Wirtschaftsblockade bis heute aushalten muss, ist eine humanitäre Katastrophe.
- Die Kontrollen und Demütigungen, die der palästinensische Bevölkerung täglich zugemutet werden, zeugen von der zutiefst menschenrechtswidrigen Politik Israels.

Die OECD verlangt von ihren Mitgliedern unter anderem:

1. dass sie internationalen Verpflichtungen nachkommen;
2. dass sie die freie Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Entwicklung fördern;
3. dass ihre demokratischen Verfassungen für alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte gewähren.

Wir erwarten, dass die Schweiz als Mitglied der OECD sich für deren Zielsetzungen und Abmachungen einsetzt und dass sich der Bundesrat einer Aufnahme Israels so lange widersetzt, bis dieses die Aufnahmekriterien erfüllt.

¹ OECD (2010), Review of Labour Market and Social Policies, Israel.